



Kämpfen statt Gruseln

Romin Khan* über die »Partei der kleinen Leute« und gewerkschaftlichen Umgang mit Rechtspopulismus

In: *express* 12/2016

Von Teilen der Sozialdemokratie über die Linkspartei bis hin zu den Gewerkschaften findet derzeit eine Debatte statt, die – quer durch die Organisationen – viele Ähnlichkeiten hat. Beflügelt durch den Erfolg des Buchs von Didier Eribon in Deutschland gibt es einen Rückbezug auf die Klassenfrage und die Rolle der Linken. Denn, so die Aussage des Buchs »Rückkehr nach Reims«: Die Politik und zum Teil auch die eigenen Organisationen haben die sozialen Nöte in weiten Teilen der Arbeiterschaft ignoriert und sich als Vertreter der Lohnabhängigen verabschiedet. In zugespitzter Variante wird diese Entwicklung in den aktuellen Diskussionen der Orientierung auf die Rechte von Minderheiten, auf Identitäts- und Anerkennungsfragen angelastet, statt sich um die »wahren« Probleme zu kümmern.

Die damit verbundene Leerstelle sei durch die populistische Rechte à la Trump, Front National oder die AfD ausgefüllt worden. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Zahl von AfD-Wählerstimmen unter ArbeiterInnen, Erwerbslosen und Gewerkschaftsmitgliedern bei den Landtagswahlen im März 2016 wurde deren Selbststilisierung als »Partei der kleinen Leute« in den Gewerkschaftsdebatten an vielen Stellen übernommen und vorschnell von einer neuen Arbeiterpartei gesprochen. Angesichts dessen sind die Debatten in den Gewerkschaften eher von Gruseln und Ratlosigkeit als von einer kämpferischen Haltung erfüllt.

Die Grundlagen für den ausgerufenen Alarmismus sind dabei aus zwei Gründen äußerst dünn. Denn erstens weisen die Erhebungen der Umfrageinstitute weder aus, in welcher Gewerkschaft, ob DGB-Einzelgewerkschaft, Beamtenbund oder Berufsverband die oder der Befragte Mitglied ist, noch geben Kategorien wie etwa »Arbeiter« besonders viel Auskunft darüber, ob es sich um Facharbeiter in der Autoindustrie oder prekäre Leiharbeiter handelt. Festzustellen ist dagegen, dass die AfD überdurchschnittlich von Männern mit mittleren Bildungsabschlüssen gewählt wird, die über ein leicht überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen verfügen (Bernhard Müller: »Rechtspopulismus und enthemmte Mitte«, *Sozialismus* 11/2016). Daran anknüpfend plädiert der Parteienforscher Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung dafür, den Blick bei der AfD-Wählerschaft eher auf Bildung und Qualifikation zu richten als auf die Einkommenssituation: »Die ehemals goldene Regel ‚strenge dich in der Schule an und lerne einen anständigen Beruf‘ hat immer weniger Bedeutung. Stattdessen erfordern immer mehr Jobs eine akademische Qualifikation. Der Aufstieg des Populismus, also auch der AfD, ist daher auch eine Kampfansage der mittleren Qualifikationen an die akademischen Eliten.« (Kahrs in: <https://oxiblog.de/wer-waehlt-die-afd/>)

Zweitens wird bei der Selbstinszenierung der AfD als Arbeiterpartei übersehen, dass ein großer Teil der Menschen, die zur Arbeiterklasse gerechnet werden, nicht wählen darf. Bis heute bedeutet das exklusiv an die deutsche Staatsangehörigkeit gekoppelte Wahlrecht den fak-

tischen Ausschluss von Millionen hier lebender und arbeitender Menschen. Denn von den zirka 7,2 Millionen Menschen, die keinen deutschen Pass besitzen, verfügen nur etwa zwei Millionen EU-Angehörige über das kommunale Wahlrecht, mehr als fünf Millionen Menschen sind von jeglichen Wahlen ausgeschlossen. Dass diese Entrechtung in den Diskussionen über die Zustimmung zur AfD kaum präsent ist, zeigt auf, wie schnell migrantische Lebensrealitäten übersehen werden. Die Personengruppe der Migrantinnen und Migranten in ver.di wird zur Bundestagswahl 2017 daran arbeiten, die Demokratiefrage von dieser Seite aufzuziehen.

Was tun?

»Klare Kante gegen rechts« oder »Mach meinen Kumpel nicht an!«: Die gewerkschaftlichen Antworten auf Rassismus und rechte Haltungen sind bekannt. Doch treffen sie in diesen Tagen noch einen Nerv oder verhalten sie auf der Ebene des Appells, ohne wirksam zu werden? Ähnliches gilt für unsere Analysen über die unsozialen politischen Konzepte der AfD oder die Frage, wie soziale Entsicherung den Rechtsruck befördert. Vieles richtig, aber es fehlt die Bereitschaft, in den Abgrund zu schauen, Rassismus nicht als Betriebsunfall, als falsches Bewusstsein abzutun, sondern die Wiederkehr völkisch-rassistischen Denkens als zentrale Herausforderung gewerkschaftlicher Politik anzugehen.

Die mediale und öffentliche Präsenz von Pegida, AfD und Co. hat zu einer Verschiebung des Sagbaren beigetragen. Begriffe wie Umvolkung oder Überfremdung, eindeutig dem rhetorischen Arsenal der NS- und NPD-Sprache entlehnt, verbreiten sich weit über dieses Spektrum hinaus bis in die Mitte der Gesellschaft. Das zentrale Bindemittel für die heterogene Gruppe der neuen Wutbürger ist dabei die Ablehnung des Islam, verbunden mit an Paranoia grenzenden Vorstellungen. So liegt die Zahl muslimischer Menschen in Deutschland bei etwa fünf Prozent und dürfte durch die Flüchtlingsbewegung 2015 nur geringfügig gestiegen sein. Dennoch gehen viele Menschen bei Umfragen von einem bis zu sechs Mal höheren Wert aus. Die Motive der Islamfeindschaft reichen dabei von rechten neorassistischen Einstellungen, in denen Kultur und Religion den Platz des Rasse-Begriffs einnehmen, über neoliberale Kosten-Nutzen Analysen à la Sarrazin bis hin zu Positionen, die für Gewerkschaften und Linke anschlussfähig sind. Darin wird Muslimen unisono vorgeworfen, die Rechte von Frauen zu missachten und eigene religiöse Vorstellungen über die universelle Geltung der Menschenrechte zu stellen, als habe der arabishe Frühling niemals stattgefunden.

Unsere Antwort auf diese Vorstöße lautet meist: »Die (Muslime) sind doch gar nicht alle so«. Doch damit vollziehen wir die Spaltung zwischen »denen« und »uns« bereits mit. Das Narrativ, die Erzählung der Rechten von einer angestammten Bevölkerung und dem imaginären Kollektiv der Muslime ist gesetzt, und wir arbeiten uns daran ab. Gerade weil der Neorassismus sich dabei weniger gegen Einzelne richtet und weil er willkürlich definiert, wen er im Zweifelsfall als »verwertbar und gut integriert« von seiner Ablehnung vorsorglich ausspart, reicht die solidarische Haltung, sich schützend an die Seite der betroffenen Menschen zu stellen, nicht aus.

Denn diese sind in ihrem Alltag mitunter stärker von institutioneller Diskriminierung und einer Kultur des Verdachts und Misstrauens betroffen als von konkreten Anfeindungen, auch wenn rassistische Übergriffe im Zuge der sich verstärkenden Hetze gegen Minderheiten nachweislich zunehmen.

Was ist also zu tun? Wenig überraschend, einen Masterplan gibt es nicht. Wir sollten diejenigen politisch und moralisch stärken, die in überwiegender Zahl noch immer rassistische Haltungen ablehnen und für den Pol der Solidarität in der Gesellschaft stehen. Dazu zählen insbesondere die acht Millionen Menschen, die sich laut einer Studie der Humboldt-Universität Berlin weiterhin konkret für Flüchtlinge engagieren. Die starke Resonanz bei ver.di auf die Ausbildung der StammtischkämpferInnen im Rahmen der »Aufstehen gegen Rassismus«-Kampagne ist ein ermutigendes Zeichen. Gleichzeitig gilt es, die Fixierung auf die rassistische »Täterorientierung« abzulegen und die Handlungsmacht derjenigen zu stärken, deren Alltag von Diskriminierung und Ausgrenzung geprägt ist.

Frank Bsirske sprach in seinem Vortrag bei der migrationspolitischen Tagung von ver.di Ende September von einem »Kulturkampf«, der der Gesellschaft aufgezwungen werde, und den wir als Gewerkschaften annehmen müssten: »Ein Zurück in die vermeintlich heile Welt der 1950er Jahre und scheinbar ethnisch homogene Nationen, wie sie von den Wortführern von PEGIDA, AfD und Co. gefordert wird, ist keine Option und führt nur zu Leid und Gewalt.« (Bsirske in <https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/>)

Insofern müssen wir in den Gewerkschaften unseren eigenen Anteil dazu beitragen, die Spaltung zwischen »uns« und »denen« zurückzudrängen, sprich die Erzeugung von »Fremden«, die dann mit bestimmten Eigenschaften belegt werden können. Dafür braucht es in der Bildungsarbeit ein historisches Verständnis des Rassismus, welches die Produktion des »Fremden« im Arbeitsmarkt oder dem Staatsbürgerrecht vermittelt und die damit verknüpfte schlechtere soziale Lage nachvollziehbar macht.

Wenn man sich die Strukturen in den Gewerkschaften anschaut, fällt auf, dass die Realität der Einwanderungsgesellschaft in der Mitgliedschaft schon lange angekommen ist, doch in den Strukturen noch kaum abgebildet wird. Es ist schon lange überfällig, dass sich dies ändert. Nicht nur, um das Versprechen auf Teilhabe und Beteiligung einzulösen und Vielfalt zu leben, sondern um sich gegen die beschriebenen Spaltungsprozesse zu immunisieren. Wenn die aktuelle Offensive der Rechten und RassistInnen in dieser Frage hilft, Barrieren zu beseitigen und die Vielfalt der Einwanderungsgewerkschaft endlich sichtbar zu machen, wäre viel gewonnen.

* *Romin Khan ist Referent für Migrationspolitik in der ver.di Bundesverwaltung.*

express im Netz unter: www.express-afp.info